



Protokollauszug

aus der
31. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 07.06.2017

öffentlich

**Top 8.3 Verbesserung der Erreichbarkeit der Fallmanager für Jobcenter-Kunden
17/SVV/0425
an Gremium überwiesen**

Die Stadtverordnete Schulze bringt den Antrag namens der Fraktion DIE LINKE ein und beantragt die Überweisung in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die städtischen Vertreter der Trägerversammlung werden gebeten, gemeinsam mit den Vertretern der Bundesagentur in der Trägerversammlung ein Verfahren zu entwickeln, um einen schnelleren und direkteren Zugang der Kundinnen und Kunden zu ihrem Fallmanager zu ermöglichen. Dieser Verfahrensvorschlag soll unter Berücksichtigung folgender Punkte erfolgen:

1. Die telefonische Erreichbarkeit sowohl der Fallmanager als auch des Servicecenters soll nicht gebührenpflichtig sein.□
2. Die Anrufe und Anliegen der Kunden, z. B. kurzfristige Absagen von Terminen, sollen dokumentiert werden.
3. Die telefonischen Anfragen der Kunden sollen schnellstmöglich und fachlich qualifiziert beantwortet werden.

Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung Potsdam im November 2017 mitgeteilt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Überweisung der DS 17/SVV/0425 in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.